BRH AKTUELL

Herausgeber: BRH-Seniorenverband
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Dieter Berberich und Anita Losereit

Nr. 26/2011 11.07.2011

01 Ruheständler im Abseits
02 Beitragssatzänderung bei der Pensionssicherung
03 Neues Urteil zum Altersunterhalt bei Trennung
04 Rückzahlungen bei Erbschaft
05 Gesundheit wird teurer
06 Fünf Jahre Konjunkturwachstum für Deutschland prognostiziert
07 Höhere Tageszinsen bei der Commerzbank
08 Kostendämpfung bei den Lebensversicherern
09 Gründung eines Beraterkreises „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“
10 Reale Rentenkürzung durch Inflation
11 Das neue Arztbewertungsportal der Barmer GEK
12 Frauen und Altersvorsorge

01 Ruheständler im Abseits

Schon heute ist damit zu rechnen, dass die Altersarmut steigen wird. Bei einer Inflationsrate von derzeit 2,3 Prozent sind die Renten nur geringfügig angepasst worden. Denn am 1. Juli 2011 werden sie um geringe 0,99 Prozent erhöht, gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten weiter, ebenso wie der Niedriglohnsektor. Das Arbeitsministerium hat zwei Abhandlungen über die politischen Herausforderungen dieser Problematik erstellt.

Am 1. Juli 2011 erhalten die Rentner dann von der Deutschen Rentenversicherung eine Mitteilung über die Rentenanpassung, die in neuer Form abgefasst sein soll. Das Schreiben ist nach Angaben der Versicherung einfacher gefasst und für jedermann verständlich formuliert. Es soll auch ein Begleitschreiben mit Fragen und Antworten beigefügt werden.

Somit hat sich die Kaufkraft der Rentner erheblich reduziert in den vergangenen zehn Jahren. Die Partei die Linke hat errechnen lassen, dass der reale Rentenwert in den zehn Jahren um sieben Prozent zurückgegangen ist.

Ähnliches gilt für die Reallöhne, die erst jetzt - nach sechs Jahren - , um die Inflation bereinigt, zum ersten Mal um 1,1 Prozent stiegen.
Damit sei zu erwarten, dass in zehn Jahren eine Grundsicherung der Durchschnittsrente nicht mehr gegeben ist. Schon heute sind viele alte und kranke

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Menschen auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Im Jahr 2009 waren dies 764.000. Unter die Betroffenen fallen auch erwerbsgeminderte unter 65 Jahren, einschließlich Bedürftiger, die ergänzende Zahlungen zur Grundsicherung erhalten. Zur Grundsicherung gehören 290 Euro für Heizung und Unterkunft, dieser Betrag ist in der Summe von 658 Euro Grundsicherung im Monat enthalten.

Aufgrund der alarmierenden Zahlen und der Warnung seitens der Wissenschaftler in den vergangenen Jahren bringt die Koalition nun neue Gesetze auf den Weg. Dies fordert die Diskussion heraus, so verlangt die SPD nach Aussagen ihres Chefs Sigmar Gabriel eine „Sockelrente“, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Die FDP kritisiert den Vorschlag Gabriels wegen der Finanzierung, welche von ihr als nicht möglich erachtet wird.

Quelle:http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ruhestaendler-im-abseits-kaufkraft-der-rentner-schrumpft-altersarmut-nimmt-zu-1.1116121

Seitenanfang

02 Beitragssatzänderung bei der Pensionssicherung

Aufgrund des Insolvenzschutzes für Betriebsrenten erwartet der Pensionssicherungsverein (PSV) eine geringe Teuerung für die Absicherungsbeiträge seitens der Wirtschaft. Für die Weiterzahlung der Betriebsrenten durch die PSV sind das 0,26 Prozent Beitragssatz für die Rückstellungen statt bislang 0,19 Prozent bei den Arbeitgebern.

Die Insolvenzen sind rückläufig, bis Juni 2010 waren es bei der PSV registrierte 249 Fälle. Weil jedoch die Rentenhöhe bei den Neuinsolvenzen höher liegt, wird der Beitrag etwas teurer. Die endgültige Höhe wird alljährlich im November festgelegt. Das Schadensvolumen hat sich positiv entwickelt: Die Insolvenzzahlen 2010 sind von 925 auf 576 um 329 Insolvenzbetriebe gesunken und damit Schäden auf 648,7 Millionen Euro gesunken (2010 waren es 4,35 Milliarden Euro Schadensvolumen). Trotz der guten Entwicklung steht die PSV unter Kritik, denn man wirft ihr den einheitlichen Beitragssatz vor, der das „individuelle Risiko einer Insolvenz“ nicht berücksichtige.

(Quelle: FAZ vom 05.07.2011)

Seitenanfang

03 Neues Urteil zum Altersunterhalt bei Trennung

Die Redaktion hat in der letzten Aktuell-Ausgabe über den bis dahin nicht entschiedenen Fall eines Chefarztes berichtet, der den Unterhalt für seine Frau kürzen wollte, weil sie ins Rentenalter kam und aus ihrer zweiten Ehe ein Kind hat (unter Gliederungspunkt 03).

Nun hat der Bundesgerichtshof dem Ex-Mann recht gegeben. Die Begründung besagt, dass die Ehefrau durch den Versorgungsausgleich von der Altersversorgung durch ihren ehemaligen Ehemann profitiert und daher keine „ehebedingten Nachteile“ erlitten habe. Die Einbußen aufgrund der Kindererziehung seien nicht zu berücksichtigen, denn mit der Ehe hatten sie keine Verbindung.

(Quelle: Financial Times Deutschland vom 05.07.2011)

Seitenanfang

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

04 Rückzahlungen bei Erbschaft

Das Sozialgericht in Berlin hat ein Urteil getroffen, nachdem eine Klägerin die Sozialleistungen, die zehn Jahre vor dem Tod des Erblassers entstanden sind, nachbezahlen sollte. Die Entscheidung stelle keinen Verstoß gegen das grundrechtlich garantierte Erbrecht dar wie die Erbin es als Klagegrund angegeben hatte, so steht es im Gerichtsurteil (Az: S 149 AS 21300/08) und die Erbin ist zur Nachzahlung verpflichtet worden.

Seitenanfang

05 Gesundheit wird teurer

Die Gesundheitsausgaben haben sich von 8,8 Prozent in 2010 auf 9,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) in 2010 erhöht. Dies stellte die OECD (Organisation für Wirtschaft und Entwicklung) für alle Industriestaaten fest. Deutschlands Anteil sei mit 11,6 Prozent deutlich über dem Durchschnitt – an vierter Stelle und nur im Bezug auf das BIP – gelegen. Das sind Ausgaben pro Einwohner von 4218 US-Dollar. Die Steigerung der deutschen Ausgaben für Gesundheit liegt bei zwei Prozent im Jahr und ist gegenüber vier Prozent jährlicher Steigerung der übrigen Industriestaaten deutlich geringer. Der Grund hierfür liege in den Kostendämpfungsmaßnahmen der Bundesrepublik.

Die Gesundheitsausgaben werden in Deutschland mit 76,9 Prozent öffentlich finanziert, damit bestreitet jeder Deutsche ein Viertel der Kosten aus eigener Tasche für die Gesundheit. Noch schneidet die Bundesrepublik auch bei der Säuglingssterblichkeit und der Versorgung mit Ärzten, Kliniken und Pflegekräften besser bzw. am besten ab. Indessen wächst die Anzahl der gesundheitlich Gefährdeten durch Übergewicht weltweit. In unserem Land sind es zurzeit 15 Prozent Übergewichtige, in Amerika sind es 28 Prozent aller Bürger.
(Quelle: FAZ vom 06.07.2011)

Seitenanfang

06 Fünf Jahre Konjunkturwachstum für Deutschland prognostiziert

Für die kommenden fünf Jahre sagt das Kieler Economics Institut ein Wachstum um 4,2 Prozent voraus. Andere Institute liegen in ihren Schätzungen unter den Ergebnissen von Kiel Economics. Nach der Aussage des Institut-Ökonoms Carsten-Patrick Meier (Kiel Economics) folgen auf vier schwache Quartale bis 2012 mittelfristig bis 2015 die „fetten Jahre“, bedingt durch hohe Investitionen und gesteigertem Konsum als treibende Kräfte des Aufschwungs.
(Quelle: FAZ vom 05.07.2011)

Seitenanfang

07 Höhere Tageszinsen bei der Commerzbank

Der Wettbewerb um das Tagesgeld hat angezogen und so bietet die Commerzbank den Anlegern von Tagesgeld ab jetzt und für ein halbes Jahr einen erhöhten Zinssatz von 2,3 Prozent an. Die einzige Beschränkung ist, dass es sich um Neuanlagen handelt und zwar bis zu einer Summe von 20.000 Euro. Damit will die Bank Bestands- und Neukunden binden und gewinnen. Die Commerzbank möchte unter diesen Umständen auch davon profitieren, dass die Kunden die bei anderen Geldinstituten angelegten Summen übertragen lassen. Während andere

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Bankinstitute zurzeit 1,5 Prozent Zinsen bieten, hat nur die Postbank bei neuen Anlegern einen höheren Zinssatz im Portfolio: 3,33 Prozent, dieser gilt auch für sechs Monate, aber die Anlagesumme ist ebenfalls höher: Es sind bis zu 25.000 Euro, die der Kunde zu diesen Konditionen anlegen kann.
(Quelle: FAZ vom 05.07.2011)

Seitenanfang

08 Kostendämpfung bei den Lebensversicherern

Durch Einsparungen ist es den Lebensversicherern gelungen, in 2010 0,3 Prozentpunkte weniger für die Kundenverwaltung auszugeben. Dies gab der Branchenverband GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungen e. V.) am 4. Juli 2011 bekannt. Nach 60 Prozent Wachstum im Bereich der Policen gegen Einmalbeitrag konnten weitere 30 Prozent in diesem Segment erzielt werden, so dass 27 Milliarden Euro erwirtschaftet wurden. In der Summe hat die Branche eine Steigerung der Beiträge von 6 Prozent erzielt, das sind in Zahlen 90,4 Milliarden Euro.
(Quelle: FAZ vom 05.07.2011)

Seitenanfang

09 Gründung eines Beraterkreises „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“

Die Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat in ihrer Eigenschaft als stellvertretende CDU-Vorsitzende den oben genannten Beraterkreis gebildet, der bereits am 5. Juli 2011 eine erste Tagung absolviert hat. Das Beratergremium beschäftigt sich mit Fragen und Konfliktstellungen zu nachhaltiger Wirtschaft und sozialem Ausgleich im „21. Jahrhundert“. Die Kommission soll Ideen und Perspektiven entwickeln zur Problemstellung. Sie setzt sich aus Vertretern der Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft sowie Medien zusammen. Die Gruppe besteht aus 20 Vertretern der genannten Sektionen.
(Quelle: FAZ vom 07.07.2011)

Seitenanfang

10 Reale Rentenkürzung durch Inflation

Oben unter 01 dieser Ausgabe sind die Auswirkungen der Inflation auf den Trend zu immer geringeren Rentenbezügen erläutert, doch die Inflation wirkt sich nicht nur auf Pensionäre aus. Gleichzeitig sind auch die Arbeitnehmer betroffen, deren reale Löhne in 2009 sogar um 0,24 Prozent sanken, während sich die Preise in der gleichen Zeit um 0,38 Prozent erhöhten. Zum Vergleich: Nach Angaben des Sozialministeriums, das die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Rechnung berücksichtigt, beträgt der reale Rentenanstieg nur 0,56 Prozent, die durchschnittliche Preissteigerung demgegenüber jährlich 1,36 Prozent. Das Ministerium äußert sich feststellend darin, dass in der Folge Arbeitnehmer genauso betroffen seien wie die Rentner. Die Rentenanpassung sei an die Entwicklung der Löhne und nicht an die Preissteigerungen gekoppelt.
Ursula von der Leyen (CDU) kommentiert dies mit der Aussage, dass weder Rentner noch Arbeitnehmer den Schutz vor einer Inflation „genössen“.
Das Sozialministerium spricht hingegen davon, dass „den Rentnern Kaufkraftverluste, wie sie die Beschäftigten infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

besonders stark trafen, erspart geblieben“ seien. Insofern seien sie „anders als die Arbeitnehmer gegen Kürzungen ihrer Bezüge“ abgesichert gewesen.
(Quelle: FAZ vom 06.07.2011)
Seitenanfang

11 Das neue Arztbewertungsportal der Barmer GEK

Es bestehe nach jetzigem Erfahrungsstand kein Grund, den so genannten „Arztnavi“ der Barmer GEK als einen von kommerziellen Interessen geleiteten Service zu bewerten. Da alle Daten der Patienten über ihre Erfahrung mit verschiedenen Ärzten anonymisiert seien, kann dies ausgeschlossen werden. Es gibt schon zahlreiche positive Rückmeldungen seit Mai 2011, als das Internetportal eingerichtet wurde. Gegenüber anderen Portalen im Internet wurde es auch von den Ärztinnen und Ärzten gelobt, denn auch sie genießen den Vorteil, auf diesem Wege das eigene Qualitätsmanagement zu überprüfen. Sie können dazu auf die im Internet beschriebene Kritik reagieren und sich so verbessern. Auch im Hinblick auf die Qualität des Internetauftritts erfüllt die Seite den Anspruch von Nutzerfreundlichkeit, Sicherheit und nicht zuletzt den Schutz vor Manipulationen. Somit hat es sich als das beste Ärztebewertungssystem bewiesen. Dafür spricht schon die Beteiligung von Ärzten, Wissenschaftlern und Datenschützern, die an der Gestaltung bzw. Entstehung beteiligt waren. Für Interessierte: www.arztnavi.barmer-gek.de. (Quelle: BARMER GEK-Magazin 2.11, Seite 14)
Seitenanfang

12 Frauen und Altersvorsorge

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) hat als Ergebnis einer Studie vom Herbst 2010 festgestellt, dass Frauen in Relation zu männlichen Rentenempfängern - mit einer Differenz von einer Billion Euro - weniger Altersruhegeld beziehen und somit noch immer gegenüber Männern im Nachteil sind. Das ist der Abschluss der Befragung von 1.035 Frauen im Alter von 18 bis 70 Jahren.
Wie allgemein bekannt, ist dies darauf zurückzuführen, dass die Rente auf Basis des erwirtschafteten Lohns berechnet wird. So sind Frauen nach wie vor häufig in Teilzeitbeschäftigungen und unterbrechen den beruflichen Werdegang durch Kindererziehungszeiten sowie Pflege von Angehörigen. Außerdem sind sie seltener in Führungspositionen vertreten. Hinzu kommt, dass die Gleichstellung in der Arbeitsvergütung noch nicht erreicht ist.
Die enorme Lücke in der Rentenauszahlung von einer Billion Euro zwischen Männern und Frauen entspricht nahezu der Hälfte der deutschen Staatsverschuldung, die sich momentan auf 2,08 Billionen Euro beläuft.
Es gibt jedoch eine deutliche finanzielle Abgrenzung bei den Rentenbezügen in den neuen Bundesländern. Durch die hohe Beschäftigungsrate der Frauen zu DDR-Zeiten sind es durchschnittlich nur 118.000 Euro weniger als bei einem vergleichbaren Mann, so dass die Differenz zu den Männern gerade mal 7.500 Euro beträgt.
Dennoch stellen alle Differenzbeträge dar, dass Frauen in besonderem Maße von Altersarmut bedroht sind, wie es auch die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, zu bedenken gibt. Bereits seit den 1980er-Jahren wird seitens der dbb Bundesfrauenvertretung auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Die defizitären Erwerbsbiographien der Frauen führen dazu,

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

dass bereits durch den Verlust des Ehepartners bei den Witwen ein Abrutschen in die Armut wahrscheinlich ist.
Durch die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre wurden die Voraussetzungen für den abschlagsfreien Ruhestandseintritt verändert. Demnach kann man bei einer Mindestversicherungszeit von 45 Jahren mit 65 ohne Abschlag in Rente gehen. Unterschiedlich ist die Versorgung von Zeiten mit Teilzeitbeschäftigung in den jeweiligen Renten- und Versorgungssystemen. Auch im Versorgungsrecht müssten im Rahmen der 65/45-Regelung Zeiten mit Teilzeitbeschäftigung als volle Zeiten anerkannt werden. Helene Wildfeuer plädiert dafür, dass Frauen auch vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze keine Versorgungsabschläge in Kauf nehmen müssten, also nicht „bestraft“ werden sollten. Der Gesetzgeber solle für diese Fälle vorsorgen und Regeln verabschieden.
Es gibt zum Vorteil der Eigenständigkeit der Frauen nunmehr einen Trend zur eigenen Lebensunterhaltssicherung, denn das alte Modell des „Ernährers“ wird abgelöst durch die geschlossenen Erwerbsbiographien junger Frauen. Sie sind sich bewusst, dass sie über ihre finanzielle Selbstständigkeit auch auf dem Wege privater Vorsorge für ihr Alter Sicherheit schaffen. Auch die beruflichen Auszeiten durch Geburt von Kindern sind um zwei Drittel bei den jungen Frauen zurückgegangen. Die Frauen definieren sich nicht mehr über Muttersein und die Versorgung durch den Partner. Dieser positive Trend darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Staat im Hinblick auf weibliche Beschäftigte und junge Familien noch vieles zu tun hat. In diesem Sinne verweist die dbb Bundesfrauenvertretungsvorsitzende Wildfeuer auf die Tücke der Teilzeitbeschäftigung, weil zumindest in der Familienphase viele Frauen auf diese Arbeitsmöglichkeit angewiesen sind und fordert vom Staat, generell Grundlagen zu schaffen, die eine gleiche Verteilung von Erziehungsphasen für Mütter und Väter realisierbar machen. Der Umbau in der Arbeitswelt ist eine von vielen postulierten Maßnahmen, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Seitenanfang

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.